Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 8 (1986)
Heft: 29

Artikel: Ein konservatives Symbol : Akademie der Wissenschaften in Berlin
Autor: Patze, Bernt
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652901

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

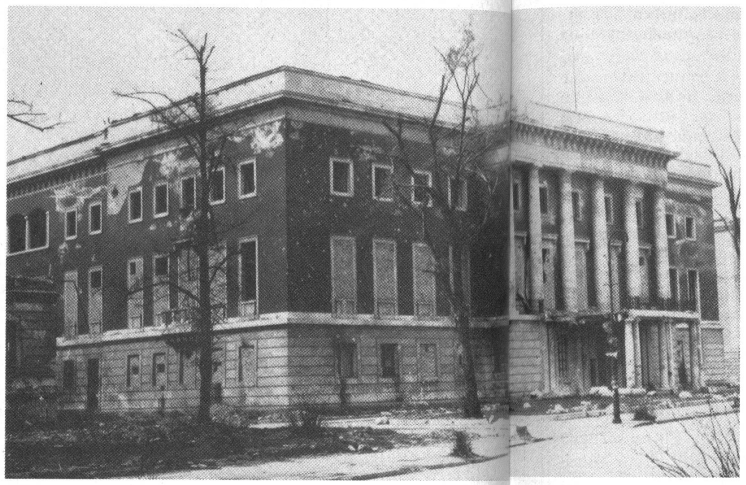
Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

In Berlin soll eine Akademie gegründet werden. Tradition und Fortschritt will der CDU-Senat in ihr verknüpfen. Der Plan ist ein Lehrstück neokonservativer Wissenschaftspolitik.
Ein Symbol für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt soll aufgerichtet werden, zugleich ein Ort der Verbrüderung politischer und wissenschaftlicher „Eliten", die ihren Zusammenhalt und ihre Macht zu festigen versuchen.

von Bernt Patze



Die zukünftige Residenz der Akademie? Italienische Botschaft in Berlin (Nachkriegszustand)

Ein konservatives Symbol

Akademie der Wissenschaften in Berlin

„Elite" heißt ein Leitbegriff des Berliner Wissenschaftssenators Kewenig, und für die will er etwas tun. Nachdem sein sozialdemokratischer Vorgänger Peter Glotz bereits mit dem „Wissenschaftskolleg" für Berlin eine Eliteinstitution geschaffen hat, die dem berühmten Institute for Advanced Studies in Princeton, USA nachgebildet ist, plant Kewenig eine Akademie. Jedem Senator seine historische Leistung. Das Wissenschaftskolleg, das Wissenschaftlern aus aller Welt auf Einladung ein angenehmes Jahr in gehobener Clubatmosphäre bietet, hat mittlerweile seinen Platz im internationalen Wissenschaftstourismus. Für die Kollegiaten ist es zweifellos erfreulich; eine Kosten-Nutzen-Rechnung sollte man aber besser nicht versuchen.

Kewenigs Akademie soll nun in Berlin und für Deutschland (West natürlich) „Tradition und Fortschritt" in „innovativer Organisationsform" verknüpfen, so daß „herausragende Persönlichkeiten" der Wissenschaft im „fachübergreifenden Gespräch" für die Wissenschaft und überhaupt „Maßstäbe setzen" können. Das hört sich zwar wolkig unverbindlich an, doch nimmt man die Denkschrift zur Gründung der Akademie, die der Senator im Dezember 1985 in erlauchtem und natürlich geschlossenem Kreise vorstellte, dann ist die Akademie ein entschieden politischeres Projekt als das Wissenschaftskolleg. Der politische Widerspruch ist nicht ausgeblieben, am schärfsten und umfassendsten formuliert in der „Streitschrift" der Berliner Alternativen Liste gegen die Akademie.

Tradition muß sein

Daß es um Tradition geht, sieht man am Namen „Akademie". Berlin (bzw. Preußen) hatte seit 1700 eine Akademie der Wissenschaften. Für den aufgeklärten und absoluten Monarchen Friedrich II. war die Akademie von nicht allzu großem praktischen Nutzen. Aber sie war für ihn das öffentliche Symbol aufgeklärter Herrschaft, zugleich eines der Mittel, sich der Loyalität der intellektuellen Elite zu versichern. Dies scheint eine der Traditionen zu sein, an die der CDU-Senat anknüpfen möchte.

Anfang des 19. Jahrhunderts dann, zu Zeiten liberaler Reform, nannte Wilhelm von Humboldt die Akademie ein „Siechenhaus" und gründete die Berliner Universität – Leitbild deutscher Hochschulen bis heute. Das ist die zweite Tradition: Kewenig erklärt die Hochschulen für Siechenhäuser und gründet eine Akademie. Als liberalen Reformer kann man ihn allerdings schwerlich bezeichnen.

Nach der Universitätsgründung verschwand die Akademie in deren Schatten und fand nach einigen unrühmlichen Jahren 1945 ihr Ende. Im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands entstand die Akademie neu und wurde zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Der Traditionsname wurde tatsächlich mit einer neuen Organisation und Aufgabe besetzt, mehr eine zentrale multidisziplinäre Forschungseinrichtung, der Max-Planck-Gesellschaft vergleichbar, als der alten Akademie.

Und jetzt eine „fortschrittliche" Akademie in West-Berlin? Worin der Fortschritt bestehen soll, ist die große Frage. Pläne für eine Akademie oder eine „Forschungsuniversität" hat es in Berlin schon viele gegeben. Wenn jetzt die fast 15 Millionen DM akzeptiert werden, die das Projekt jährlich kosten soll (und von denen Berlin über die Hälfte tragen muß), dann muß die Akademie für den CDU-Senat schon Sinn haben. Es lohnt sich, die Pläne näher anzuschauen, um dem Wendesinn in der Wissenschaftspolitik auf die Spur zu kommen.

Eine Gruppe ohne Dame

Wenn Berlin 1987 jubelt, weil es 750 Jahre alt werden wird, dann soll auch die Akademie eröffnet werden. Der Jubel kostet reichlich Geld und ist verordnet – wer erinnert sich schon an 1237? Da kann man denn auch eine Akademie begründen und die Wissenschaft gleich mitbejubeln. Wer dort „oben" ist, läßt sich an der Besetzung des Gründungsausschusses ablesen, der bereits eingesetzt ist und in diesem Jahr die ersten 30 Akademiemitglieder benennen soll, eine konservative Elite aus Natur- und Sozialwissenschaften, eine Gruppe ohne Dame.

Die Akademie wird dann voraussichtlich in der alten italienischen Botschaft am Tiergarten residieren, einem Repräsentationsbau aus „großer Zeit", heute noch groteske Kulisse für den Straßenstrich.

Die Autonomie der Akademie wird in der Denkschrift wortreich beschworen. Sie soll sich selbst ergänzen, sich selbst verwalten, sich selbst die zu bearbeitenden Probleme setzen. Es geht nämlich darum, *„daß die Forschungsergebnisse nicht von öffentlicher Erwartung bestimmt werden, sondern aus der sachbezogenen Arbeit (...) entstehen"*, denn so wird *„die öffentliche Wirkung der wissenschaftlichen Begründung einer Problemlösung (...) verstärkt"*. So viel Betonung von wissenschaftlicher Autonomie macht mißtrauisch, wenn zugleich so offen auf die „öffentliche Wirkung" geschielt wird. Daß hier ein ideologischer Schleier vor die große Interessenkoalition von konservativer Politik und wissenschaftlicher Elite gehängt wird, macht die Zusammensetzung des Gründungsausschusses deutlich. Fächerverteilung, politische Einstellungen und die Stellungen im Wissenschaftsbetrieb geben ein ganz gutes Bild, wie die „Sache" strukturiert ist, um die es bei der akademischen Arbeit gehen wird.

Ganz untraditionell ist die Fächerverteilung: Obwohl die Akademie keine Labors haben wird, dominieren Technik und Naturwissenschaften. Daneben sind ein Mediziner, zwei Historiker und je ein Wirtschaftswissenschaftler, Jurist und Philosoph vertreten. Die Geisteswissenschaften fehlen fast völlig. Die akademische Weltdeutung also wird von den „harten" und den politischen Wissenschaften betrieben. Schöngeister sind nicht gefragt. Der einzige Geisteswissenschaftler und Vertreter eines traditionellen Weltdeutungsfaches, der Philosoph Lübbe, ist ausgerechnet **die** konservative Leitfigur seiner Zunft. Überhaupt sind, und das ist ohne Zweifel „gute deutsche Tradition", sämtliche Sozialwissenschaftler eindeutig politisch rechts zu orten, wobei das Spektrum von liberal bis reaktionär (Stürmer) reicht. Die Vertreter der „harten" Wissenschaften dagegen erscheinen eher „unpolitisch".

Das aber heißt für Naturwissenschaftler durchweg: konservativ.

„Unpolitisch" sind sie allerdings nur in bestimmtem Sinn, denn in der Interessenpolitik ihrer Fächer und der großen Wissenschaftsorganisationen spielen sie durchaus ihre Rolle. Der Gründungsausschuß repräsentiert auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft. So stehen neben den politisch rechten Vertretern der Sozialwissenschaften die Wissenschaftsmanager der Natur- und Technikwissenschaften. Und natürlich sind die „fortschrittlichen" Wissenschaften vertreten: Genetik, Informatik, Produktionstechnik (Roboterbau).

Gespräch statt Arbeit

Daß sich die Interessen, die sich in der Zusammensetzung des Gründungsausschusses manifestieren, auch durchsetzen, dafür sorgt die hierarchische Struktur der Akademie. An der Spitze steht der Präsident, über dessen Besoldung die Denkschrift nur ausführt, daß zu berücksichtigen sei, *„daß auch führende Persönlichkeiten aus der Industrie für ein solches Amt gewonnen werden können"*. Dieser gut besoldete Präsident also schlägt die fünf Vorstandsmitglieder und den Geschäftsführer vor und stellt die Kommission zusammen, die Arbeitsthemen und -gruppen bestimmen. Die Kommissionsmitglieder gehören dem Rat der Akademie an, dem wichtigsten Gremium für alle Entscheidungen.

Der Präsident schlägt wiederum die Ratsmitglieder zur Wiederwahl vor; er entscheidet, wer sich bewährt hat. Die Ratsmitglieder können neue Akademiemitglieder vorschlagen, und dem Plenum „obliegt" schließlich *„die bestätigende Wahl der neuen Akademiemitglieder"*.

In der Regel soll es sechs Arbeitsgruppen geben, fachübergreifend mit zehn Akademikern besetzt: *„Die Arbeitsgruppen erarbeiten innerhalb einer bestimmten Frist eine Antwort auf eine ihnen durch die Akademie aufgegebene Frage."*

Für jede Gruppe sind 20 wissenschaftliche Mitarbeiter vorgesehen, die dann die eigentliche Arbeit machen werden, denn die Akademiker sind vielbeschäftigte Herren, die sich nur hin und wieder treffen können, um „ihre" Arbeitsgruppe zu kontrollieren und die Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter werden zwar besser bezahlt als ihre Kollegen an den Hochschulen (Promotion und Forschungserfahrung werden mit BAT I honoriert), ein Mitspracherecht haben sie allerdings nicht.

In der Akademie soll *„das fachübergreifende Gespräch ... zu interdisziplinärer Arbeit verdichtet werden"*. Man kann annehmen, daß die Akademiker das Gespräch führen werden, während dort, wo sich etwas zu „Arbeit" verdichtet, die Mitarbeiter zum Einsatz kommen. Ob so die wortreich beschworene Interdisziplinarität zustande kommt, ist allerdings fraglich. Interdisziplinäre Arbeit ist durchweg mühsamer und weniger reputationsfördernd als der sichere Weg innerhalb der Fächergrenzen. Sich ernsthaft in ein anderes Fach einzuarbeiten, braucht Zeit und Kraft und bringt wenig für die Karriere. Vielleicht taucht darum in der Denkschrift das Wort „Gespräch" auf, wenn es eigentlich „Arbeit" heißen müßte. Den Akademikern will man solches nicht zumuten. Die Mitarbeiter aber werden angesichts der Zeitverträge vor allem daran interessiert sein, möglichst karrierefördernd ihre Veröffentlichungsliste zu erweitern und sich nicht durch Eigensinn die guten Verbindungen verderben, die die Akademie bietet.

Glanzvolle Verpackung

Die Denkschrift nennt mögliche Arbeitsthemen nur in einem Anhang. Beispiele:

— Fernmeldemonopol – rechtliche, ökonomische, technische Begrenzung oder Rechtfertigung in Hinblick auf moderne Medien,

— Konsequenzen des Wachstums nicht-christlicher Bevölkerungsgruppen in christlich geprägten Gesellschaften,
— Demographische Entwicklung in verschiedenen Regionen der Erde in ihrer Auswirkung auf Arbeitsmarkt, soziales Sicherungssystem und Politik,
— Ökonomie des Gesundheitswesens,
— Wechselwirkungen zwischen Geometrie und Physik.

Das letzte Thema fällt etwas aus dem Rahmen. Es hat wohl die Funktion, dem Mathematiker und dem Physiker im Gründungsausschuß ein Eingangstor in die Akademie zu bauen. Die anderen Themen sind nicht gerade originell und längst Gegenstand politischer und wissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Beim „Fernmeldemonopol" zum Beispiel liegt der Verdacht allzu nahe, daß hier die Privatisierungspolitik wissenschaftlich legitimiert werden soll. Das Problem der Arbeitsemigranten und die Ausländerfeindlichkeit werden elegant als Kulturunterschied formuliert, wobei „Wachstum" so schön neutral und naturhaft klingt. Das folgende Thema nutzt einen ähnlichen Formulierungstrick.

Da wird die „demographische Entwicklung" als gegeben gesetzt, ein Naturphänomen, das dann soziale und politische Wirkungen hat. Die kurzschlüssige politische Folgerung, die in solchem Schema schon angelegt ist, wäre dann: Geburtenkontrolle für die Dritte Welt und christlich-soziale Familienpolitik für die Industrienationen. Vermutlich sind die Wissenschaftler, die sich solcher Probleme in der Akademie annehmen, klug genug, solche Kurzschlüsse zu vermeiden, oder sie wenigstens in distanziert professorale Rhetorik zu verpacken – und um die Verpackung geht es im Grunde mehr als um den Inhalt.

Denn wer wird erwarten, daß derartige Probleme von einer Gruppe, die wenige Jahre arbeitet, „gelöst" werden könnten. Viele der Themen sind – in anderer Formulierung – bisher vorwiegend von linken oder liberalen Wissenschaftlern bearbeitet worden. In der Akademie sollen sie von rechts besetzt werden. Der Akademiepräsident wird dann, in politisch passenden Formulierungen, dem Fernsehvolk verkünden, daß die drängenden Probleme unserer Zeit in den Händen der wissenschaftlichen Elite gut aufgehoben sind. Damit die bröckelnde Autorität der Wissenschaft wieder wirksam werden kann, braucht man die glanzvolle Verpakkung: eben eine Akademie.

Damit die Akademie öffentlich wirksam glänzt, soll sie nicht nur ein repräsentatives Gebäude bekommen, Ehrenmitgliedschaften an „besonders herausragende Persönlichkeiten" vergeben und Preisaufgaben ausschreiben (mit 300 000 DM jährlich für die Preise). Der Präsident bekommt auch einen Dienstwagen, damit er sich sehen lassen kann, und jährlich wird zur Jahresversammlung geladen, die „in die Öffentlichkeit ausstrahlen" soll. *„Die integrierende Kraft derartiger Veranstaltungen sollte nicht unterschätzt werden"*, heißt es in der Denkschrift. In der Tat, wenn man (auf Staatskosten) gut gespeist und sich im Kreise der gesellschaftlichen Elite den eigenen Wert bestätigt hat, fühlt man sich zusammengehörig.

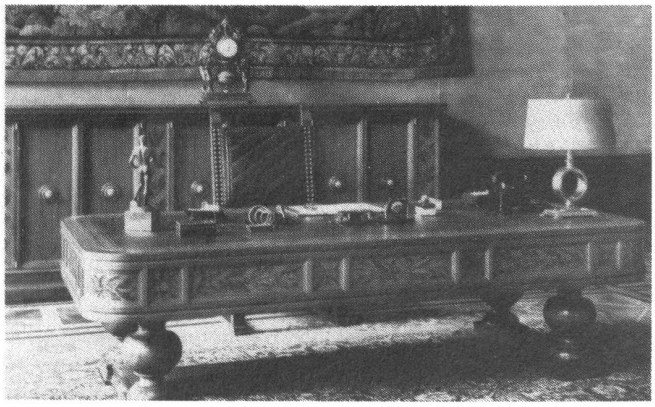
Symbole müssen her

Es scheint, daß man es nötig hat, sich selbst und den Bürgern „draußen" die Symbole von Sicherheit, Macht, und Autorität vorzuführen. Als Wissenschaftspolitik ist die Gründung der Akademie vor allem eine Politik der Symbole. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß die hehren Aufgaben der Akademie, was die inhaltliche Arbeit angeht, nicht auch in den vielfältigen Institutionen der Wissenschaft, die bereits in Berlin existieren, gut untergebracht werden könnten. Doch damit wäre die „Evidenz" nicht gesichert: Die Denkschrift macht diesen Gedankengang deutlich.

Erstes Axiom: *„Rang und Einfluß eines Landes im Kreise der Nationen hängen in hohem Maße von wissenschaftlicher und technischer Leistungsfähigkeit ab."* Zweites Axiom: *„Die Nebenfolgen von Wissenschaft und Technik nehmen zu mit der wachsenden Eingriffstiefe technisch instrumentierten Handelns in Natur und Gesellschaft."* Drittes Axiom: *„Die Lösung drängender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme (...) kann nur in weiterem technischen Fortschritt und seiner Beherrschung gesucht werden."* (Nebenaxiom: Naturwissenschaft und Technik sind *„gerade auch bei der Lösung derjenigen Probleme gefordert (...), die sich als Folge ihrer Nutzung ergeben."*) Viertes Axiom: *„Die Durchsetzungskraft der wissenschaftlich-technischen Zivilisation beruht auf der Evidenz der mit ihr verbundenen Lebensvorzüge."*

Die ersten drei Axiome laufen auf die sattsam bekannte Formel hinaus: Wissenschaft ist gut; falls es Probleme gibt, hilft nur mehr Wissenschaft. Das heißt nicht mehr als: Weiter so! Das vierte Axiom faßt das Problem. Es gibt offenbar Menschen, denen die „Lebensvorzüge" nicht so ganz einsichtig sind. Der „Evidenz" muß nachgeholfen werden. Der „Grundkonsens" der Gesellschaft über das „weiter so" ist nicht mehr der, der er einmal war. Da unsere gesellschaftliche Elite genug damit zu tun hat, ihre Macht und ihren Besitz zu wahren und zu mehren, und darum sich unmöglich an eine Arbeitsmarkt-, Sozial-oder Umweltpolitik wagen kann, die Privilegien antasten müßte, geht es nicht darum, für ein besseres Leben zu arbeiten, sondern um „Evidenz". Wo das Brot fehlt, muß der Glaube her; der Wissenschaft eine neue Kathedrale: die Akademie!

Es ist zu hoffen, daß die Probleme zu evident, das Symbol zu klein und die Glaubensbereitschaft zu gering sind, um große Wirkung zu haben. Aber immerhin reiht sich die Akademie in vielerlei neokonservative Symbolik ein: Technische Museen, die 750-Jahr-Feier, das Haus der Deutschen Geschichte usw. Ernster zu nehmen ist die Bedeutung der Akademie für den Wissenschaftsbetrieb. Einerseits werden



Glanzvolle Verpackung: Der Schreibtisch des Botschafters – zukünftiger Arbeitsplatz des Präsidenten? (Vorkriegszustand)

bestehende Institutionen entwertet, andererseits wird die Hierarchie und die konservative Struktur des Betriebes gefestigt. Es ist eine wissenschaftssoziologische Binsenweisheit, daß im Betrieb der Wissenschaft Arbeit weniger gegen Geld getauscht wird als gegen Reputation. Eine gute wissenschaftliche Arbeit wird mit Bekanntheit und Anerkennung belohnt. Die wiederum verschaffen dem Wissenschaftler eine bessere Arbeitssituation und Einfluß als Gutachter, Herausgeber oder Berater. Das wiederum schafft die Voraussetzungen für erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit, die im wesentlichen von „Mitarbeitern" geleistet wird, und so fort. Das ist der „Matthäus-Effekt": Wer hat, dem wird gegeben. Man kann sich den Wissenschaftsbetrieb als symbolischen Kapitalismus vorstellen. Fachliches Ansehen, Doktoranden, Herausgeberschaften, Gutachterpositionen, Professuren, Direktorate bilden das Kapital, das angesammelt gegen Konkurrenten verteidigt und profitabel verwertet wird.

Damit hätten die Großkapitalisten der Wissenschaft zumindest für Berlin noch weit mehr Möglichkeiten, die Konkurrenz, die es nicht bis in die Akademie geschafft hat, abzuhängen. Die autoritäre Hochschul- und Wissenschaftspolitik von Senator Kewenig bekommt durch die Verbrüderung der Eliten eine neue Dimension. Gegen die Hochschulen kann der Senator nur beschränkt agieren. Er bemüht sich zwar weidlich, nicht Genehmes zu unterdrücken, aber die Wissenschaften haben eine gewisse Autonomie. Die Frauenforschung zum Beispiel ist ihm ein Dorn im Auge.

Die Frauenforschung ist nur ein Beispiel von Entwicklungen in der Wissenschaft, die mit sozialen Problemen und Bewegungen verbunden, es schwer haben, sich durchzusetzen. Und wenn Wissenschaft zur Lösung der „großen Probleme" etwas beitragen soll, dann nur, wenn sie lebendig ist und vielfältig. Das fällt ihrem Betrieb schwer genug. Die Akademie würde sie nur weiter hierarchisieren und die Kluft zwischen denen, die (symbolisch) reich sind, und den vielen Habenichtsen erheblich vertiefen.

Schließlich muß es noch um die vorhandenen Institutionen der Wissenschaft, besonders die Hochschulen gehen. Das Geld, das die Akademie kostet, und das wird voraussichtlich mehr sein als die veranschlagten 15 Millionen, wird woanders abgezogen werden. Vorweggenommen ist diese Umverteilung zum Beispiel schon in der Absenkung der Eingangsbesoldung für wissenschaftliche Mitarbeiter an den Hochschulen, was für ihre zukünftigen Kollegen an der Akademie natürlich nicht gelten wird.

Über die reine Finanzfrage und die Hierarchisierung des Wissenschaftsbetriebes hinaus werden mit dem Akademiekonzept die Hochschulen (und andere Einrichtungen wie die Max-Planck-Gesellschaft) als unfähig zu „innovativen Organisationsformen" abqualifiziert. Gerade was Interdisziplinarität angeht, sind es aber dieselben konservativen Wissenschaftler und Wissenschaftspolitiker, die solche Innovationen verhindert haben. Es geht nicht um die Frage der Fähigkeit zur Innovation, sondern um die Entscheidungen und die Steuerung der für die neokonservative Wende erwünschten Innovationen. Deren Kontrolle ist in den bestehenden Einrichtungen trotz allem nicht vollständig gewährleistet. Darum setzt diese Politik der Wissenschaftshierarchie eine neue Spitze auf.

Literatur

Streitschrift gegen die „Akademie der Wissenschaften zu Berlin" — Ein Lehrstück neokonservativer Wissenschaftspolitik. Herausgegeben von der Alternativen Liste, Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, 62 S., Berlin 1986.
Erhältlich bei: AL-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, John-F.-Kennedy-Platz,
1000 Berlin 62.

Der Clan

- **Professor Dr. Horst Albach,** geboren 1931; Betriebswirtschaftslehre, Universität Bonn. Leitet das von ihm aufgebaute Institut für Mittelstandsforschung. Mitglied des Stifterverbandes für die private Hochschule für Unternehmensführung, Koblenz.
- **Professor Dr. Manfred Eigen,** geboren 1927; Direktor am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie, Göttingen. Nobelpreis für Chemie 1967, Orden pour le Mérite 1973. Mitglied und Ehrenmitglied zahlreicher Akademien.
- **Professor Dr. Dr. Wolfram Fischer,** geboren 1928; Wirtschafts- und Sozialgeschichte, FU Berlin. Er ist Mitbegründer der Berliner Wissenschaftlichen Gesellschaft, die sich als wissenschaftlich seriöses Pendant zur Notgemeinschaft versteht. Mitte der siebziger Jahre betrieb er erfolglos die Gründung einer Akademie der Wissenschaften in Berlin.
- **Professor Dr. Wolfgang Gerok,** geboren 1926; Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Freiburg. Mitglied des Präsidiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).
- **Professor Dr. Friedrich Hirzebruch,** geboren 1927; Direktor des Max-Planck-Instituts für Mathematik in Bonn. Gründungsmitglied des „Bundes Freiheit der Wissenschaft". Hat sich öffentlich wiederholt für Eliteförderung ausgesprochen. Mitglied mehrerer Akademien.
- **Professor Dr. Peter Lerche,** geboren 1928; Öffentliches Recht, Universität München. 1969 Verteidigung der BILD-Zeitung vor dem Bundesverfassungsgericht, Gutachten zur „inneren Pressefreiheit", die er beim Verleger Axel Springer, nicht bei den Redakteuren liegen sah. Vertretung der Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht in der Organklage der Partei der Grünen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik.
- **Professor Dr. Hermann Lübbe,** geboren 1926; Philosophie und politische Theorie an der Universität Zürich. Korrespondierendes Mitglied der Akademien Düsseldorf und Mainz. Mitglied des Beirats für das Gebiet „Globale Entwicklungen" im Berliner Wissenschaftszentrum. Er ist ein Neokonservativer der ersten Stunde und der erste Rechtsintellektuelle in der Bundesrepublik, der die Fremdbezeichnung des „Neokonservativen" für sich akzeptiert. Den „Bund Freiheit der Wissenschaft" hat er mitbegründet.
- **Professor Dr. Hubert Markl,** geboren 1938; Zoologie und Verhaltenforschung, Konstanz. Präsident der DFG.
- **Professor Dr. Gerhard Pahl,** geboren 1925; Maschinenelemente und Konstruktionslehre an der TH Darmstadt. Vizepräsident der DFG.
- **Professor Dr. Klaus Pinkau,** geboren 1931; Wissenschaftlicher Direktor des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik, Garching bei München. Beratungstätigkeit für das Wissenschaftszentrum Berlin. Herausgebertätigkeit für das NATO Advanced Study Institute. Vorsitzender des Gründungsausschusses für die Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- **Professor Dr. Gerhard Seegmüller;** Informatiker an der Universität München, Direktor des Leibniz-Rechenzentrums der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.
- **Professor Dr. Günter Spur,** geboren 1928; Maschinenwesen, Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, TU Berlin. Direktor des Fraunhofer Instituts für Produktionstechnik. Langjährige Vertretung der TU Berlin im Senat der DFG. Kooperation mit VW, Wolfsburg, bei der Umrüstung auf Roboterfertigung.
- **Professor Dr. Michael Stürmer,** geboren 1938; lehrt Geschichte an der Universität Erlangen. Gilt als das „historische Orakel" der gegenwärtigen Bundesregierung. Berät Helmut Kohl in Fragen des Deutschen Historischen Museums, als dessen zukünftiger Präsident er im Gespräch ist. Als FAZ-Leitartikler oder als „Sachverständiger" vor einem Bundestagsausschuß engagiert sich Stürmer für SDI, NATO und eiserne Westbindung.
- **Professor Dr. Heinz-Günter Wittmann,** geboren 1927; Direktor am Max-Planck-Institut für molekulare Genetik, Berlin. Verschiedene wissenschaftliche Auszeichnungen. Als Gutachter der DFG gehört er zu denen, die die gegenwärtig reichlich fließenden Gelder für die Molekularbiologie und deren wichtigstes Anwendungsgebiet, die Gentechnologie, verteilen.